Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil:
C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Steinbach,
für den übrigen redakt. Theil:
H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den Inseratentheil:
J. Klugkist in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in **Posen** bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Guk. Ad. Schleh, Hoflief. Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke Otto Kiekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8 in **Gnesen** bei H. Chrzaszewski in **Meseritz** bei Ph. Matthias in **Wreschen** bei J. Jacobsohn u. d. d. Inserat.-Annahmestellen von H. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und „Invalidendank".

Nr. 814 Die „Posener Zeitung" erscheint wöchentäglich **drei Mal**, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt **vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland.** Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 20. November.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der **Morgenausgabe 20 Pf.**, auf der letzten Seite **30 Pf.**, in der **Mittagausgabe 25 Pf.**, an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die **Mittagausgabe** bis **8 Uhr Vormittags**, für die **Morgenausgabe** bis **5 Uhr Nachm.** angenommen.

1890

Amtliches.

Berlin, 19. Nov. Der Kaiser hat mittelst Allerhöchster Ordre vom 18. d. M. dem Geheimen Admiralitätsrath und vortragenden Rath Dietrich im Reichs-Marineamt neben seinem Titel die Bezeichnung „Chef-Konstrukteur der kaiserlichen Marine" beigelegt.

Bei der Reichsbank ist der bisherige Zweite Vorstandsbeamte, Bankkassirer Kohland zum Bank-Rendanten und Ersten Vorstandsbeamten der Reichsbankstelle in Bromberg ernannt worden.

Der König hat dem Kommissionsrath Glaser zu Berlin den Charakter als Geheimer Kommissionsrath verliehen.

Die Beförderung des bisherigen ordentlichen Lehrers Dr. Ohlsen an dem Realgymnasium zu Altona zum Oberlehrer an derselben Anstalt ist genehmigt worden.

Deutschland.

Berlin, 19. Nov. Ein böser Tag war der heutige für das deutsche Nationalvermögen. Die unerhörte Panik, die an der hiesigen Börse ausgebrochen ist, zieht unendlich weite Volkskreise in ihren Bereich. Seit dem Jahre 1873, dem berühmten Krachjahre, sind solche Zustände nicht dagewesen. Wir befinden uns einer gefährlichen Unterwühlung der Grundlagen gegenüber, auf denen das Gebäude der Volkswirthschaft bei uns und in den westlichen Nachbarländern so lange geruht hat. Es sind das Verhältnisse, die nicht nach der Einseitigkeit, die der oberflächliche Blick zunächst an ihnen wahrnimmt, beurtheilt werden dürfen. Die Börse ist in diesen Dingen schließlich nur der Gradmesser allgemeiner Zustände, und eine abwärts führende Entwicklung reflektirt in den fieberartigen Zuckungen des Geldmarktes. Wenn wir von allen Einzelheiten der Vorgänge dieser letzten Tage und namentlich des heutigen, so dramatisch sie sind, absehen und uns nur an die großen Resultate halten, so beweist die lange Dauer und die schleichende Natur der Krise, daß die Bewegung fortdauert, die uns eine starke Steigerung des Durchschnittzinsfußes bringen wird. In dieser Formel kommt der gegenwärtige Wirthschaftsprozeß am bestimmtesten zum Ausdruck, und alles Weitere folgt aus ihr: Das Kapital wird zurückhalten, weil es Furcht hat vor den ungewissen Gestaltungen der Zukunft, und der Unternehmungsgeist schwächt sich unheilvoll ab. — — Die Schwierigkeiten für die Ausführung des Altersversicherungsgesetzes häufen sich. Mehrfach sind in die Ausschüsse und Aufsichtsräthe der Versicherungsanstalten zu Vertretern der Arbeiter Personen gewählt worden, welche zwar ihr eigenes Einkommen allein aus einem Arbeitsverhältniß beziehen, andererseits aber Arbeitgeber sind, insofern sie z. B. auch nur ein Dienstmädchen beschäftigen. Nach dem Wortlaute des Gesetzes sind solche Personen nicht als Arbeitervertreter zuzulassen. Daraus ergiebt sich eine doppelte Schwierigkeit. Erstens würden jetzt die so vollzogenen Wahlen umzustoßen und Neuwahlen zu vollziehen sein. Zweitens aber werden in Zukunft sehr oft Arbeitervertreter aus den Ausschüssen oder Aufsichtsräthen um deswillen ausscheiden müssen, weil sie während ihres Amtes beginnen, in dem obigen Sinn Arbeitgeber zu sein. — — Ueber die Gewerkschaftskonferenz, welche hier getagt hat, sind ebenso weitschweifige als unklare Berichte veröffentlicht worden. Das Wesentliche ist, daß, wie vorher gesagt werden konnte, die Zentralisation bezw. Union beschlossen worden ist, daß aber die Opposition der Berliner auch auf dem gewerkschaftlichen Gebiet die Einigkeit gestört hat, und daß die Berliner anscheinend auch nicht einmal sich zu unterwerfen gesonnen sind, vielmehr, wenigstens zum Theil, an der Form der lokalen Organisation festhalten wollen. Letztere hat den Vortheil, daß sie politische Bestrebungen pflegen darf, während den Zentralisationen das Politiktreiben (bezw. den Politik treibenden Vereinen das Inverbindungtreten) untersagt ist. Es fragt sich nun noch, ob der Gewerkschaftskongreß, der im Dezember tagen soll, die Einigkeit wieder herstellen kann.

— Das Herrenhaus hatte, wie erinnerlich, bei der Etatsberathung im Mai dieses Jahres eine längere Debatte über die Stärke der jüdischen Schülerzahl in den höheren Lehranstalten geführt und dabei folgenden Beschluß gefaßt:

Auf Grund der vom Herrn Minister der geistlichen Angelegenheiten konstatirten Thatsache, daß bei preußischen öffentlichen höheren Lehranstalten wegen der Ueberzahl jüdischer Schüler an den jüdischen Sabbathen und Festtagen der Unterrichtsplan hat verändert werden müssen, die königl. Staatsregierung um Erwägung von Maßregeln zur Beseitigung der hieraus erwachsenden Uebelstände zu ersuchen.

Hierauf ist, wie aus der dem Herrenhause zugegangenen Uebersicht über die Entschließungen der Staatsregierung hervorgeht, folgende Antwort eingegangen:

Die Stärke des jüdischen Schülerelementes in den höheren Lehranstalten wird in den diesseitigen statistischen Erhebungen fortgesetzt beobachtet und bildet auch in den Verwaltungsberichten der Provinzialbehörden einen Gegenstand der Besprechung. Spezielle Maßnahmen in der Richtung des nebenstehenden Beschlusses hat die Staatsregierung bisher nicht für angezeigt erachtet.

— Ueber den früheren Landesdirektor Wehr, dessen Verurtheilung bereits telegraphisch gemeldet worden ist, bringt die „Danz. Ztg." noch folgende Mittheilungen:

„Der Angeklagte Wehr machte den Eindruck eines gebrochenen, durch Krankheit gebeugten Mannes; das Haar ist fast völlig ergraut, die Wangen eingefallen, die ganze Gestalt abgemagert, so daß der früher so kräftige Mann kaum wiederzuerkennen ist. Seine Angaben machte er mit leiser, kaum verständlicher Stimme. Zu seinen persönlichen Verhältnissen bemerkt er, daß er mit seiner Ehefrau in einem Scheidungsprozeß stehe. Die Thatsache, daß Wehr bereits vorbestraft ist, wird in folgender Weise erklärt: Als Wehr in Bonn studirte, fuhr er in Folge einer Wette dicht vor einem heranbrausenden Eisenbahnzuge über die Schienen und wurde für diese verwegene That mit 14 Tagen Gefängniß wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransports bestraft. Ueber die persönlichen Verhältnisse Wehrs werden noch nachstehende Mittheilungen gemacht: Wehr ist im Jahre 1844 als der Sohn eines der reichsten Großgrundbesitzer in Westpreußen geboren. Als Erbe erhielt er das 4000 Morgen große Rittergut Groß-Paglau, das, mit durchweg neuen und massiven Wirthschafts-Gebäuden versehen, eine der besten Besitzungen in unserer Provinz war. Zu dem Gute gehören außerdem eine Spiritus- und eine Ziegelbrennerei. Nach Absolvirung der Schule bezog er die Universität Bonn, um Jura zu studiren. Nach Beendigung seiner Studien wurde er Landrath des Kreises Konitz. Inzwischen erfolgte die Trennung der beiden Provinzen Ost- und Westpreußen und Dr. Wehr wurde an Stelle des Abg. Rickert, der eine Wiederwahl ablehnte, allerdings mit nur einer Stimme Majorität zum Landesdirektor von Westpreußen gewählt und trat diese Stelle am 1. April 1878 an. „Dr. Wehr", so schreibt die „Danz. Ztg.", „war kaum ein Jahr lang Landesdirektor, als aus seiner Verwaltung hier schon manches abenteuerliche Stückchen in vertraulichen Gesprächen von Mund zu Mund ging; derartige Gerüchte wurden von Jahr zu Jahr häufiger, sie wurden immer ungenirter erzählt, sie ließen schon damals den ersten Selbstverwaltungsbeamten der Provinz in den Augen vieler, selbst in Arbeiterkreisen, wie man öfter zu beobachten Gelegenheit hatte, als einen „abenteuerlichen Mann" erscheinen — wer aber konnte sie beweisen, wem stand das erforderliche Material zu Gebote, und wer mochte das große Risiko eines solchen Vorgehens, zumal ohne zwingenden Beruf, auf sich nehmen? Als schließlich die Wechselklagen gegen Dr. Wehr immer häufiger wurden, als die Arrestirungen auf sein Gehalt eine Höhe erreichten, daß wahrscheinlich eine mehrere Generationen überdauernde Amtsdauer erforderlich gewesen wäre, um sie alle zu befriedigen, ahnte man wohl das nahe Ende des verwegenen Spiels, aber das wirkliche Heranschreiten der Katastrophe kannten doch nur wenige. Sie wurde erst bruchstückweise und sehr allmählich bekannt, als Dr. Wehr längst aufgehört hatte, Landesdirektor zu sein."

Stadtverordneten-Sitzung.

Posen, 19. November.

Erschienen sind die Stadtverordneten: Bach, Brodnitz, Czapski, Fontane, Förster, Friedländer, Herzberg, Dr. Hirschberg, Hugger, Jacobsohn, Jaeckel, Dr. Jarnatowski, Jerzykiewicz, Kantorowicz, Kirsten, Dr. Landsberger, Lißner, Manheimer, Müller, Nötel, Orgler, Rosenfeld, Türk, Victor, Wollburg und Ziegler.

Der Magistrat ist vertreten durch: Bürgermeister Kalkowski, Stadtbaurath Grüder und die Stadträthe Dr. Loppe und Rump.

Den Vorsitz führt Justizrath Orgler.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird der Antrag des Stadtverordneten Friedländer, betreffend die Ermäßigung des Gaspreises für gewerbliche und industrielle Zwecke und der des Vereins Posener Hausbesitzer, betreffend die Ermäßigung des Gaspreises, zur Debatte gestellt. Stadtverordneten Friedländer begründet seinen Antrag, welcher dahin geht, daß der Gaspreis für gewerbliche und industrielle Zwecke um 25 Prozent ermäßigt werde. Eine allgemeine Ermäßigung des Gaspreises im Gesammtkonsum wolle er nicht, weil die allgemeine Lage ihm nicht danach angethan zu sein scheine. Er beschränke sich vielmehr darauf, für gewerbliche und industrielle Zwecke eine Herabsetzung des Gaspreises zu beantragen, indem er von dem Grundsatze ausgehe, daß der Kaufmann und der Industrielle, welche das Gas in ihren Geschäften und Betrieben gebrauchten, gewissermaßen als Wiederverkäufer anzusehen seien. Die Unkosten der Beleuchtung würden eben mit bei dem Verkauf der Waare berechnet, und da müsse man die Geschäftsleute in den Stand setzen, billiger verkaufen zu können. Nun fänden ja auch jetzt schon gewisse Ermäßigungen und Erleichterungen beim Gasverkauf statt, dergestalt, daß die Gasanstalt ihren Abnehmern je nach dem Konsum 5 bis 25 Prozent Rabatt gewähre. Doch geschehe das nur so, daß Derjenige, welcher viel Gas verbrauche, auch eine bedeutende Ermäßigung erhalte, während dem kleinen Gewerbetreibenden gar nicht oder nur wenig der Gaspreis ermäßigt werde. Mit seinem Antrage beabsichtige er dagegen, Jedem, der dasselbe Material zu demselben Zwecke verwende, die gleichen Vergünstigungen zu gewähren, ohne dabei die Gaskonsumenten mit neuen Vortheilen zu bedenken. Er persönlich könne den Grund nicht einsehen, warum man dieselbe Waare zu so sehr verschiedenen Preisen abgebe, und es widerspreche dieses Verfahren ganz und gar seinen Anschauungen über die Gleichheit. Als zweiten maßgebenden Gesichtspunkt betrachte er die Konkurrenz des Petroleums, welche aus dem Felde zu schlagen die Gasanstalt unter allen Umständen versuchen müsse. Der Rückgang des Gasverbrauchs finde seine Erklärung in der bedeutenden Erweiterung, welche die Petroleumbeleuchtung fortgesetzt erfahre. Man müsse daher durch Ermäßigung des Gaspreises das Petroleum zu verdrängen suchen. Nach seiner Meinung werde die Annahme seines Antrages in den Einnahmen der Gasanstalt keinen Ausfall zur Folge haben.

Stadtverordneter Herzberg begründet den Antrag des Vereins „Posener Hausbesitzer", welcher dahin geht, den Gaspreis um 5 Pfennig pro Kubikmeter, d. i. von 19 auf 14 Pfennig zu ermäßigen. Wenn man dem Grundsatze des Herrn Friedländer folge, würden auch wieder Ungleichheiten in der Feststellung des Gaspreises für die Konsumenten folgen. In anderen Städten seien die Gaspreise auch billiger als in Posen. In Dresden z. B. koste das Gas für gewerbliche Zwecke 12 Pf. und für die Treppenbeleuchtung nur 10 Pf. Das entspreche auch den thatsächlichen Herstellungskosten und den Verhältnissen. Das Lichtbedürfniß sei ein großes, und wenn die Stadt den Gaspreis herabsetze, werde sich der Gaskonsum, wenn auch nicht sogleich, so doch im Laufe der nächsten Zeit bedeutend steigern. Als man im Sommer die Errichtung einer elektrischen Zentralstation auf dem Schloßberge in Frage zog, sei für die Gasanstalt eine große Gefahr im Anzuge gewesen. Doch werde man sich wohl jetzt durch die bitteren Erfahrungen, die man in Königsberg mit der Einrichtung und Installirung der elektrischen Beleuchtung gemacht habe, überzeugt haben, daß diese Sache nicht so leicht zu nehmen sei. Daß der Gaskonsum beständig zurückgehe, müsse doch an etwas liegen; nach seiner Ansicht nämlich an dem gesteigerten Petroleumverbrauche in Folge des hohen Gaspreises. Wenn man letzteren ermäßige, so werde sich der Gaskonsum steigern, und würde man dadurch in der Gasanstalt höhere Einnahmen erzielen.

Stadtv. Brodnitz bittet, beide Anträge abzulehnen. Der Antrag des Herrn Friedländer sei in seiner jetzigen Fassung gar nicht klar. Unter dem Ausdruck „für gewerbliche Zwecke" könne man auch den Gaskonsum der Eisenbahn und der Post verstehen. Der Antrag müßte also anders gefaßt werden. Herr Friedländer wolle im Ganzen eine allgemeine Ermäßigung des Gaspreises eintreten lassen und die jetzt gebräuchliche stufenweise Ermäßigung aufheben. Der Grund, weshalb die Direktion der Gas- und Wasserwerke die stufenweise Ermäßigung eingeführt habe, liege nun darin, daß sie die Gaskonsumenten nicht nur sich erhalten, sondern auch neue anlocken wollte. Das Gericht mit seinem bedeutenden Konsum habe sich dem städtischen Rohrnetze angeschlossen und die Eisenbahn sei dabei geblieben. Wenn aber ein solcher Konsument abgehe, sei der Ausfall ein sehr großer, und aus diesem Grunde sei man auf diese Prozentsätze gekommen. Bei den theuren Kohlenpreisen und den durchaus nicht entsprechend gestiegenen theuren Koakspreisen erleide die Gasanstalt an sich schon einen gar nicht zu deckenden großen Ausfall, welcher durch die verlangte Ermäßigung sich bis auf mehr als 90 000 M. steigern würde. Nun gebe es hier eine Ansicht, nach welcher man das Gas zum Selbstkostenpreise abgeben solle, um die Steuerzahler nicht auch hierdurch zu belasten. Diese Meinung würde etwas für sich haben, wenn Gaskonsumenten und Steuerzahler sich deckten. Das sei aber durchaus nicht der Fall. Ein großer Theil des Gases werde von Instituten konsumirt, die auf andere Weise gar nicht könnten herangezogen werden. Diesem Konsumententheile würde der Ausfall auch zu Gute kommen; jedoch die städtischen Konsumenten, die eigentlichen Steuerzahler müßten ihn decken. Die Probe auf das Exempel zu machen, welches hier fast alljährlich vorgeführt werde, daß nämlich mit der Herabsetzung des Gaspreises der Konsum zunehmen werde, scheine ihm doch etwas zu gefährlich zu sein. Diese Probe könne man nur machen bei der Läden- und Flurbeleuchtung. Hier gelte es, das Petroleum zu verdrängen; hier könne man auch eine größere Ermäßigung des Preises eintreten lassen, aber zunächst nur versuchsweise auf ein Jahr. Nehme dann der Gaskonsum zu, so werde er der Erste sein, welcher für die weitere Ermäßigung eintreten werde; nehme der Verbrauch an Gas aber nicht zu, dann hebe man die Vergünstigung wieder auf und werde dann doch wohl vor weiteren Anträgen dieser Art bewahrt bleiben. Er stelle daher den Antrag, für Gas, welches zur Beleuchtung von Geschäftslokalen und Hausfluren verbraucht werde, eine Ermäßigung von 19 Pfg. auf 14 Pfg. zunächst auf ein Jahr eintreten zu lassen.

Stadtv. Kirsten: Die Stadt hätte schon damals mit dem Gaspreise heruntergehen sollen, als das Petroleum so billig geworden und die Petroleumlampen so bedeutend verbessert worden seien. Wer sich aber nun einmal die Petroleumlampe angeschafft habe, werde nicht so leicht wieder zum Gas zurückkehren, namentlich wenn er nach dem Antrage Brodnitz die Aussicht habe, daß er nach Jahresfrist, wenn der Gaskonsum nicht sofort zugenommen habe, was wohl ziemlich sicher sei, die recht hohen, alten Preise abermals zu zahlen. Damit stoße man die Konsumenten nur zurück. Auch glaube er nicht, daß der Gaskonsum sofort steigen werde. Im Gegentheil könnten die Verluste, die man in der Uebergangsperiode erleiden werde, erst nach einer Reihe von Jahren ausgeglichen werden. Er halte die Herabsetzung des Gaspreises den großen Konsumenten gegenüber für durchaus gerechtfertigt, wenn schon er wünsche, daß sie weiter ausgedehnt werde.

Stadtv. Kantorowicz: Es sei recht schwer, gegen eine so populäre Sache zu sprechen, wie es die Ermäßigung des Gaspreises sei. Wenn er es dennoch unternehme, so geschehe es aus Rücksichtnahme auf die allgemeine Lage des Etats. Für Posen seien die fetten Jahre vorbei und es kämen jetzt die mageren. Schon jetzt schließe man mit einem Defizit von ca. 100 000 M. ab. Wie solle es denn überhaupt mit der Preisermäßigung gemacht werden? Wenn man die Komtoir- und die Hausbeleuchtung anders bezahle, als die Laden- und Treppenbeleuchtung, so müßten auch besondere Gasmesser und Gasleitungen dazu benutzt werden. Das sei doch kaum ausführbar. Bei einem Preise von 31 400 M., den man vom Privatkonsum erziele, müsse man nach diesen Anträgen circa 68 000 M., d. i. den ganzen Ueberschuß streichen, und der komme daher ganz und gar auf die Steuer. Um aber den alten Verdienst bei den bedeutend niedrigeren Preisen zu erzielen, müßte sich der Privatkonsum bis auf ca. 680 000 Mark steigern. Das sei aber doch wohl nicht zu erwarten. Weiterhin schließe man mit einem Defizit von ca. 100 000 M. ab und habe eine Mehrbelastung von noch einmal 100 000 M. durch das in der Luft schwebende Eindeichungsprojekt zu erwarten. Wie könne man da von einer solchen Ermäßigung sprechen? Dann aber könne er nicht zugeben, daß der Gaspreis eine indirekte Besteuerung enthalte. Die Gasanstalt sei nichts als ein gewerbliches Institut, welches einen gewissen Ueberschuß, freilich ebenso gut auch eines Jahres ein Defizit bringen könne. In Konkurrenz mit dem Petroleum könne das Gas gar nicht treten; dazu sei dieses viel zu billig. Die Konsumstockung rühre auch nicht von dem billigen Petroleumpreise, sondern von der

schlechten Qualität des Gases her. Sorge man also nur für gutes Gas, so werde der Konsum nicht zurückgehen!

Stadtv. Lißner beantragt, den Preis des Gases, welches als Heizmaterial und als Betriebskraft verwendet wird, zu ermäßigen.

Bürgermeister Kalkowski: Der Magistrat und die Direktion der Gas- und Wasserwerke hätten beschlossen, alle Anträge mit Ausnahme des von Herrn Lißner eingebrachten abzulehnen. Bezüglich des Antrages Friedländer müsse er sagen, daß die Gasanstalt mit dem bisherigen System, den Großkonsumenten auch einen größeren Rabatt zu gewähren, glaube am besten gefahren zu sein. Durch dieses Verfahren habe sich die Gasanstalt die großen Konsumenten erhalten. Wenn sie ferner den Preis für das Gas, welches für Motore und von Handwerkern verwendet werde, schon jetzt um 4 Pf. ermäßige, so habe dies auch seinen guten Grund. Dies Gas werde hauptsächlich am Tage konsumirt, wo die Betriebskosten der Gasanstalt am geringsten seien. Man müsse daher dahin streben, diesen Tagesverbrauch nach Möglichkeit zu erweitern. Bezüglich der Ermäßigung um 25% walteten einige Irrthümer ob. So sei gesagt worden, der Gaskonsum sei zurückgegangen. Das sei nun nicht wahr; vielmehr müsse konstatirt werden, daß der Konsum, auch derjenige von Privaten, gewachsen sei, wenn auch nur langsam. Ferner nehme Dresden von seinen Konsumenten nach dem dem Magistrat zur Verfügung stehenden Material 19 und 17 Pf., nicht 12 und 10 Pf. für ein Kubikmeter Gas ab. Bezüglich des Antrages Brodnitz müsse er doch fragen, was denn die Flurbeleuchtung mit derjenigen der Läden ꝛc. gemein habe, daß man diese beiden Gruppen ohne Weiteres zusammen werfe? Aus den Zusammenstellungen der Gasanstalt ergebe sich ferner, daß dieses Gas den Haupttheil des von Privaten konsumirten ausmache, da auch die Behörden, z. B. die Eisenbahn-Verwaltung, nach dem mit ihr abgeschlossenen Kontrakte, an den Vortheilen partizipirten, welche den Geschäftsinhabern diesem Antrage gemäß würden eingeräumt werden. Bei gewissen großen Abnehmern müßte die Gasanstalt aber, wenn eine weitere Ermäßigung von 25 Prozent bewilligt werde, geradezu mit Schaden verkaufen. Was nun eine allgemeine Ermäßigung des Gaspreises betreffe, so würde der Magistrat auch sehr gern geneigt sein, dieselbe in nennenswerthem Umfange eintreten zu lassen, wenn dies nur mit der Finanzlage der Stadt vereinbar wäre. Dann seien aber auch die Gaspreise in Posen gar nicht zu hoch. Breslau z. B. gebe Gas zu Leuchtzwecken für 18 Pf. und zu gewerblichen Zwecken für 14 Pf. ab, Posen für 19 resp. 15 Pf. Man denke dabei aber an die geographische Lage dieser Städte! Breslau beziehe seine Kohlen gegen Posen um die Hälfte billiger, da die Frachtkosten bis Posen theurer als die Kohlen selbst seien, Breslau aber dem Kohlenrevier von Waldenburg sehr nahe liege. Andere Städte hätten sogar die Gaspreise in Folge der theuren Kohlenpreise noch erhöht, während Posen auszukommen suche. Wenn man nun die allgemeine Lage der Gasanstalt in Betracht ziehe, so gestatte diese die Preisermäßigung durchaus nicht. Der im Etat stehende Ueberschuß von 68 000 Mark sei nur ein nomineller und gehe nicht ein, ebenso wenig wie im Vorjahre der von 86 000 Mark eingegangen sei. Es sei nur auf einen Ueberschuß von ca. 30 000 Mark zu rechnen, so daß ca. 38 000 M. werden zu decken bleiben. Dazu habe die Gasanstalt gar keinen Reserverfonds; denn der vorhanden gewesene sei zu dem großen Umbau verbraucht worden. Ferner komme die allgemeine Finanzlage der Stadt hinzu. Da müsse er auch darauf hinweisen, daß das Vorjahr mit einem Defizit von 67 000 M. abschließe. Beachte man sodann, daß der Ueberschuß von 43 000 M., der noch im vorjährigen Etat figurirt habe, ebenfalls fehle, so werde man wohl ersehen, daß mit diesem Manko von 110 000 M. ein Steuerzuschlag von 33⅓ Proz. müsse verbunden sein. Dazu komme noch die theilweise Verzinsung der 700 000 M.-Anleihe mit ca. 20 000 M., sowie ferner die etatsmäßige Steigerung der Beamten- und Lehrergehälter, so daß ca. 150 000 M. mehr würden müssen aufgebracht werden; das mache 40 bis 45 Proz. des Kommunalsteuer-Zuschlages. Gegenüber dieser Finanzlage eine Einnahme von ca. 60 000 M. aufzugeben, dazu könne der Magistrat seine Zustimmung nicht geben. Aber auch das gegenwärtige Jahr zeige schon Aussicht auf ein Defizit von ca. 120 000 M. Da seien zunächst 50 000 M. Schlachtsteuer-Ausfall, dann eine Ueberschreitung des Extraordinariums um 40 000 bis 50 000 M. und ein Einnahme-Ausfall der Gasanstalt von 38 000 M. Wenn auch die weitere Zukunft rosiger aussehe wegen der in Aussicht stehenden Ueberweisung der Grund- und Gebäude-Steuer, so dürfe man doch nicht das Eindeichungsprojekt vergessen. Der Magistrat empfehle daher eine Herabsetzung des Gaspreises für gewerbliche Zwecke im engeren Sinne. Bisher finde ein Betrieb mit Gasmotoren hier nur in sehr geringem Maße statt. Posen habe heute nur 23 Motoren, während die Stadt nach ihrer Größe 50 bis 60 Motoren haben müßte. Diesen Betrieb wolle der Magistrat fördern, sowohl zum Nutzen des Gewerbebetriebes und der Fabrikanten, als auch zum Nutzen der Stadt selbst. Der Magistrat und die Direktion der Gas- und Wasserwerke hätten daher beschlossen, den Fabrikanten insofern entgegenzukommen, als die Gasanstalt diese Motoren kaufen und zum Selbstkostenpreise abgeben, ev. auch Ratenzahlungen gestatten werde. Dann wolle der Magistrat das Gas für den Motorenbetrieb zu einem Preise von 13 Pfg. abgeben. Ferner beabsichtige der Magistrat, das zu Koch- und Heizzwecken zu verwendende Gas ebenfalls zu diesem Preise zu verkaufen, um diese Verwendung des Gases nach Kräften zu fördern.

Stadtv. Jaeckel ist mit allen heute gestellten Anträgen nicht einverstanden; denn man scheue sich, damit ganze Arbeit zu thun. Ihm erscheine das jetzige Gebahren der Gasanstalt unbillig und ungeschäftsmäßig. Die Auffassung des Herrn Brodnitz sei ihm viel zu fiskalisch; außerdem habe dieser die falsche Anschauung, daß die Großkonsumenten nur deswegen Gas-Abnehmer blieben, weil sie das Gas billiger bekämen als die anderen Konsumenten. Mit diesen monströsen Verträgen schiebe man nur der Verbilligung des Gases für die anderen Konsumenten einen Riegel vor. Diese Abmachungen müßten daher gelöst und durch die Bestimmung ersetzt werden, daß das Gas für Leuchtzwecke künftig mit 15 Pf., das für gewerbliche Zwecke mit 14. Pf. solle verkauft werden. Der Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Nachdem nochmals Stadtv. Brodnitz gegen die Ausführungen des Stadtv. Jaeckel gesprochen hat, wird die Debatte geschlossen. Es erhalten noch die Antragsteller Herzberg, Friedländer und Lißner das Wort. Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag des Herrn Lißner angenommen.

Nach dem Referat des Stadtv. Förster werden zu Mitgliedern des gewerblichen Schiedsgerichts aus der Zahl der Arbeitnehmer Schmiedegeselle Lippel und Steinsetzer Leitgebel gewählt.

Schließlich erfolgte die Wahl der Mitglieder zu den Klassensteuer-Einschätzungs-Kommissionen pro 1891/92. Referent ist auch in dieser Wahlsache Stadtv. Förster.

Schluß der Sitzung um 8 Uhr.

Lokales.

Posen, den 20. November.

—u. **Verhaftungen.** Gestern Nachmittag ist ein vierzehnjähriges Mädchen aus Posen wegen Unterschlagung in Haft genommen worden. Demselben übergab am 14 d. Mts. auf dem Alten Markte eine an der Wallischeistraße wohnhafte Frau einen Korb mit Aepfel, sowie eine Waage nebst Gewichten mit dem Auftrage, diese Gegenstände nach ihrer (der Auftraggeberin) Wohnung zu tragen. Das Mädchen hat die genannten Sachen jedoch verkauft und das Geld in seinem Nutzen verwendet. — In der vergangenen Nacht wurde ein Kellner von hier zur Haft gebracht, weil derselbe bei einem am Wilhelmsplatze wohnhaften Restaurateur absichtlich eine Fensterscheibe zertrümmert hat.

—u. **Diebstähle.** Einem Arbeiter von hier sind am 17. d. M. Abends gegen 7 Uhr vor dem Berlinerthore von zwei Strolchen eine silberne Ankeruhr mit Nickelkette und 18 Mark baares Geld aus der Tasche seiner Beinkleider entwendet worden. Auf der Außenseite des Uhrdeckels sind ein Jäger und ein Hase eingravirt. Leider gelang es den Taschendieben unerkannt zu entkommen. — Vor einigen Tagen ist einem Musketier von der 2. Kompagnie des 47. Infanterie-Regiments aus einem Schlafsaal der Kaserne in Jersitz durch unbekannte Hand eine silberne Zylinderuhr mit Goldrand entwendet worden.

* **Aus dem Polizeibericht.** Verhaftet: ein Bettler und ein obdachloser Schulknabe. — Verloren: ein Plaid mit Riemen, in welch ersteren sich mehrere Gegenstände befanden, auf dem Zentralbahnhof und ein Päckchen mit neun Meter weiße Spitzen auf dem Wege von der Louisen- nach der Wilhelmstraße. — Gefunden: ein goldener Siegelring in der Halbdorfstraße und ein Armband, eine Brosche und eine Haarspange auf dem Wilhelmsplatze.

Marktberichte.

Marktpreise zu **Breslau** am 19. November.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.		gute Höchster M. Pf.	gute Niedrigst. M. Pf.	mittlere Höchster M. Pf.	mittlere Niedrigst. M. Pf.	gering. Waare Höchster M. Pf.	gering. Waare Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer n.	pro 100 Kilog.	20 40	20 20	19 80	19 30	18 80	18 30
Weizen, gelber n.		20 30	20 10	19 80	19 30	18 80	18 30
Roggen		18 30	18 —	17 80	17 60	17 10	16 60
Gerste		17 30	16 80	16 10	15 60	14 80	13 80
Hafer alter		— —	— —	— —	— —	— —	— —
ditto neuer		13 60	13 40	13 20	13 —	12 80	12 60
Erbsen		17 50	17 —	16 50	16 —	15 —	14 50

Festsetzungen der Handelskammer-Kommission.
Raps, per 100 Kilogramm, 24,10 — 22,20 — 19,90 Mark.
Winterrübsen 23,50 — 21,50 — 19,30 Mark.
Dotter 20,— — 19,— — 18,— Mark.
Schlaglein 21,50 — 20,— — 18,— Mark.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 20. Nov. Padlewski ist bisher noch nicht verhaftet worden. Einer Version der Morgenblätter zufolge hat Padlewski den Seliverskoff nicht aus politischen Motiven, sondern aus Eifersucht ermordet.

Die Nachricht von der Freilassung Mendelssohns bestätigt sich nicht. Die beiden gestern verhafteten Nihilisten leugnen ihre Mitwissenschaft.

Wie verlautet, sollen in dem Institut Pasteurs in den letzten Monaten fünf Todesfälle in Folge der Hundeswuth kurz nach der Inokulation vorgekommen sein.

London, 20. Nov. Der Urkunde über den Baring-Garantiefonds zufolge verpflichteten sich die Bürgen bei der Bank von England, für die gemachten Vorschüsse quotenweise gutzustehen. Die Liquidation darf sich nicht über drei Jahre erstrecken. Die „Times" sagt, die Vertretung der Bank von England in dem argentinischen Prüfungskomite bezwecke lediglich den Schutz der Bürgen. Dem „Standard" zufolge sagte Rothschild zu, dem argentinischen Komite anzugehören.

Buenos-Ayres, 20. Nov. Es verlautet, der Präsident von Argentinien beabsichtige zu demissioniren.

Berlin, 20. Nov. [Telegraphischer Spezialbericht der „Posener Zeitung".] Abgeordnetenhaus. Bei der ersten Lesung des Einkommensteuergesetzes gab der Finanzminister Dr. Miquel eine längere Erläuterung der Reformgesetze, wobei er als Ziel der Regierung bezeichnete, für den Staat Personalsteuern zu entwickeln, dagegen keine Kapitalrentensteuern. Die Regierung wolle die direkten Steuerquellen nicht vermehren, aber auch nicht vermindern, und zwar im Interesse einer vorsichtigen Finanzgebahrung, da schon jetzt nur ein kleiner Theil der Einnahmen auf den Einkommensteuern beruhen und diese allein sicheren Einnahmen nicht vermindert werden dürfen. Als definitiven Ueberschuß für das Etatsjahr 1889/90 gab Miquel 102 Millionen an.

Wien, 20. Nov. Der „Presse" zufolge findet heute im Ministerium des Aeußeren zwischen dem Sektionschef Szegyenyi, dem Handelsminister Baquehem und dem ungarischem Handelsminister Baroß eine neuerliche Erörterung der bevorstehenden Verhandlungen über den deutsch-österreichischen Handels-Vertrag statt, da nunmehr die Vereinbarungen der jüngsten Zoll- und Handelskonferenz den Ministern zur Prüfung und Genehmigung vorliegen.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* „1815—1840. Fünfundzwanzig Jahre deutscher Geschichte." 2. Band. 21 Bogen. 3,50 M. (Breslau, Schlesische Buchdruckerei, Kunst- und Verlagsanstalt, vorm. S. Schottlaender). Der im vorigen Jahre erschienene 1. Band der „Fünfundzwanzig Jahre" umfaßte nur die Jahre 1815—20, die allerdings besonders reich sind an wichtigen Begebenheiten der äußeren und inneren Politik. Für den 2. Band blieben daher volle 20 Jahre übrig, von denen freilich ein großer Theil (so das ganze Jahrzehnt 1820—30) an solchen Begebenheiten ungleich ärmer ist. Dem Verfasser mit seiner knappen, immer nur das Wesentliche, aber dieses auch möglichst vollständig gebenden Darstellungsweise ist es gelungen, nicht allein diese 20 Jahre in einem nicht zu starken Bande zu bewältigen, sondern auch neben dem politischen noch andere wichtige Gebiete des nationalen Kulturlebens in seine Schilderung einzubeziehen und damit das Gesammtbild des ganzen Zeitraumes nach allen Seiten hin abzurunden. Eine schätzenswerthe Bereicherung erhält das ganze Werk durch die Beigabe einmal eines sorgfältigen Namen- und Sachregisters und sodann eines Verzeichnisses literarischer Hilfsmittel zum Gebrauch für Solche, welche einzelne Partieen dieser Geschichtsperiode eingehender studiren wollen.

Börse zu Posen.

Posen, 20. November. [Amtlicher Börsenbericht.]
Spiritus. Gekündigt —,— L. Regulirungspreis (50er) 58 30, (70er) 38,90. (Loko ohne Faß) (50er) 58,30, (70er) 38,90, Novbr. (50er) —,—, (70er) —,—

Posen, 20. Novbr. [Privat-Bericht.] Wetter: regnerisch.
Spiritus lustlos. Loko ohne Faß (50er) 58,30, (70er) 38 90, Novbr. (50er) 58,10, (70er) 38,70, Dezember (50er) 57,80, (70er) 38,40.

Börsen-Telegramme.

Berlin, 20. November. (Telegr. Agentur B. Heimann, **Posen.**)

	Not. v. 19.			Not. v. 19.
Weizen befestig.			**Spiritus** matt	
do. November	192 75	192 50	70er loko o. Faß	40 50 / 40 50
do. April-Mai	191 25	191 50	70er November	39 70 / 39 60
Roggen befestig.			70er Novbr.-Dezb.	39 40 / 39 40
do. November	185 50	185 —	70er April-Mai	40 30 / 40 20
do. April-Mai	168 75	169 50	70er Mai-Juni	40 60 / 40 40
Rüböl flau			50er loko o. Faß	— — / — —
do. November	57 10	57 80	**Hafer**	
do. April-Mai	56 70	56 90	do. November	143 50 / 143 50

Kündigung in **Roggen** — Wspl.
Kündigung in **Spiritus** (70er) 20,000 Ltr., (50er) —,000 Liter.

Berlin, 20. Novbr. **Schluß-Course.**

		Not. v. 19	Not. v. 19
Weizen pr.	November	193 —	192 75
do.	April-Mai	191 50	191 50
Roggen pr.	November	185 25	185 —
do.	April-Mai	168 50	169 50
Spiritus. (Nach amtlichen Notirungen.)			Not. v. 19
do.	70er loko	40 50	40 40
do.	70er November	39 70	39 70
do.	70er Novbr.-Dezbr.	39 40	39 50
do.	70er April-Mai	40 30	40 20
do.	70er Mai-Juni	40 60	40 50
do.	50er loko	— —	59 80

	Not. v. 19			Not. v. 19
Konsolidirte 4% Anl.	104 10	104 20	Poln. 5% Pfandbr.	70 60 / 70 90
3½ „	97 50	97 25	Poln. Liquid.-Pfdbr	— — / 67 25
Pos. 4% Pfandbrf.	100 90	100 90	Ungar. 4% Goldrente	88 80 / 88 60
Pos. 3½% Pfandbr.	96 20	96 10	Ungar. 5% Papierr.	86 75 / 86 75
Pos. Rentenbriefe	102 —	102 —	Oestr. Kred.-Akt.	162 20 / 161 —
Posen. Prov. Oblig	77 25	— —	Oest. fr. Staatsb. ultimo	104 50 / 102 75
Oestr. Banknoten	176 10	175 80	Lombarden ultimo	59 25 / 57 90
Oestr. Silberrente	— —	77 —	**Fondsstimmung**	
Russ. Banknoten	241 25	241 20	fest	
Ruff 4½% BdtrPfdbr	100 30	101 80		

Ostpr. Südb. E. S. A	83 60	82 75	Inowrazl. Steinsalz	39 75 / 39 70
Mainz Ludwighfdto	114 75	114 40	Ultimo:	
Marlenb. Mlaw dto	55 10	54 30	Dux-Bodenb. Eisb A	232 — / 229 50
Italienische Rente	91 50	91 25	Elbethalbahn „ „	99 — / 97 25
Ruff 4% kons Anl 1880	96 25	96 25	Galizier „ „	88 — / 87 50
dto. zw. Orient. Anl.	76 40	76 —	Schweizer Ctr. „ „	162 50 / 161 —
dto. Präm.-Anl 1866	160 —	162 30	Berl. Handelsgesell.	150 75 / 148 75
Rum. 6% Anl. 1880	101 25	101 25	Deutsche B. Akt.	150 25 / 146 75
Türk. 1% kons. Anl.	17 60	17 60	Diskont. Kommand.	205 75 / 203 90
Pos. Spritfabr. B. A	— —	— —	Königs- u. Laurah.	132 75 / 132 90
Gruson Werke	150 —	151 —	Bochumer Gußstahl	151 75 / 150 75
Schwarzkopf	246 —	224 —	Flöther Maschinen	— — / — —
Dortm St. Pr. L. A.	83 25	82 90	Russ. B. f. ausw. H.	76 25 / 76 40

Nachbörse: Staatsbahn 103 75, Kredit 161 75, Diskonto-Kommandit 204 75.

Stettin, 20. November. (Telegr. Agentur B. Heimann, **Posen.**)

	Not. v. 19			Not. v. 19
Weizen matt			**Spiritus** matter	
do. November	— —	— —	per loko 50 M. Abg.	59 80 / 60 —
do. Nov.-Dezbr.	186 50	187 50	„ „ 70 „ „	40 40 / 40 60
do. April-Mai	189 —	179 —	„ November „	39 40 / 39 20
Roggen ruhig			„ Nov.-Dezbr. „	38 90 / 38 80
do. November	— —	— —	„ April-Mai „	39 30 / 39 30
do. Nov.-Dezbr.	176 —	177 —		
do. April-Mai	166 —	167 —	**Petroleum***)	
Rüböl matt			do. per loko	11 60 / 11 60
do. November	57 —	58 —		
do. April-Mai	57 —	57 —		

Petroleum*) loco versteuert Usance 1½ vCt.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wetterbericht vom 19. November, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv reduz. in mm.	Wind.		Wetter.		Temp i. Cels. Grad
Mullaghmor.	769	SW	4	bedeckt		13
Aberdeen .	767	SSW	3	halb bedeckt		10
Christiansund	763	SO	2	bedeckt		6
Kopenhagen	771	WSW	1	Nebel		4
Stockholm.	770	still		bedeckt		1
Haparanda	773	O	4	bedeckt		— 3
Petersburg	771	ONO	2	bedeckt		—10
Moskau .	770	ONO	1	heiter		—24
Cork Queenst.	773	SW	3	Nebel		12
Cherbourg	773	W	1	Dunst		13
Helder . .	773	NW	1	Dunst		9
Sylt. . .	770	S	1	Nebel		5
Hamburg .	770	SO	1	Nebel		5
Swinemünde	772	S	1	Dunst	[1]	1
Neufahrw.	770	WNW	1	bedeckt		3
Memel . .	770	NNO	2	bedeckt		3
Paris . .	774	W	1	bedeckt		10
Münster .	771	NW	3	bedeckt	[2]	8
Karlsruhe .	773	SW	3	bedeckt		7
Wiesbaden	773	W	2	bedeckt	[3]	7
München .	774	SW	1	bedeckt	[4]	4
Chemnitz .	773	S	1	bedeckt	[5]	4
Berlin . .	772	SSO	2	bedeckt	[6]	1
Wien . .	774	still		wolkig		2
Breslau .	773	still		Nebel		0
Ile d'Aix .	776	NO	2	bedeckt		9
Nizza . .	770	NO	4	halb bedeckt		9
Triest . .	772	ONO	4	halb bedeckt		6

[1]) Reif. [2]) Dunst. [3]) Abends und Nachts Regen. [4]) Nachts Regen. [5]) Nebel. [6]) Reif.

Uebersicht der Witterung.

Die Wetterlage über Europa hat sich seit gestern wenig geändert. Dem hohen und gleichmäßig vertheilten Luftdrucke entsprechend ist das Wetter über ganz Mitteleuropa ruhig und vielfach neblig, wobei die Temperatur meist über dem Mittelwerthe liegt. In Deutschland, insbesondere in den westlichen Gebietstheilen, ist vielfach Regen gefallen. In Rußland herrscht strenge Kälte. St. Petersburg meldet 10, Archangelsk 18, Moskau 24 Grad unter Null. Die Frostgrenze verläuft von Riga nach Odessa.

Deutsche Seewarte.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. (A. Monet) in Posen.